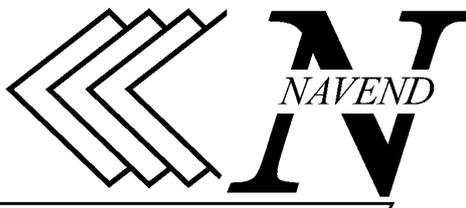


NAVEND -
Zentrum für Kurdische Studien e.V.
Navend ji bo Lêkolînên Kurdî
Center for Kurdish Studies
Centre des Etudes Kurdes



Geschäftsstelle
Bornheimer Str. 20-22
D - 53111 Bonn
Tel.: +(0) 228/65 29 00
Fax: +(0) 228/65 29 09

Postanschrift
Postfach 74 45
D - 53074 Bonn

e-mail: info@navend.de
Internet: www.navend.de

Bankverbindung:
Sparkasse Bonn
(BLZ.380 500 00)

NAVEND e.V.
Konto-Nr.: 310 206 13

NAVEND e.V. • Postfach 74 45 • D-53074 Bonn

Presseerklärung

Jalal Talabani als erster Kurde zum Präsidenten des Irak gewählt

Zur Wahl von Jalal Talabani, Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans, zum Präsidenten der Republik Irak erklärt der Vorsitzende von NAVEND - Zentrum für Kurdische Studien e.V., Metin Incesu:

"Für die Kurdinnen und Kurden in aller Welt – aber nicht nur für diese - ist dies ein Tag, der in die Geschichte eingehen wird. Vor kurzer Zeit noch wäre ein Staatsmann mit einer solchen Biografie, der seit beinahe 60 Jahren für die Freiheit der Kurden kämpft, als Präsident des Irak einfach undenkbar gewesen: Dies reicht von der Bildung einer geheimen Schülerorganisation im Alter von 13 Jahren über die Gründung der Patriotischen Union Kurdistans 1975 und die Funktion als Generalsekretär der PUK zu den Wahlen zur kurdischen Regionalregierung in Kurdistan-Irak 1991 bis hin zur gewichtigen Rolle für die Befreiung und Demokratisierung des Irak heute.

Es besteht jetzt die historische Chance, Frieden, Demokratie und Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten ein gutes Stück voran zu bringen und als Vorbild für die ganze Region zu wirken.

Die Wahl Jalal Talabanis wird auch als wichtiges Signal zur Stärkung der kurdischen Bewegung in Kurdistan-Irak und in den anderen Teilen Kurdistans wirken. Sie wird die Kurden im Irak sicherlich ihren berechtigten Forderungen nach Demokratie, Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Gleichberechtigung ein großes Stück näher bringen. Wir hoffen, dass diese Grundwerte und -rechte endlich in allen Ebenen des neuen Irak verankert und umgesetzt werden. Dies wird hoffentlich auch bald dazu führen, dass die nicht unter kurdischer Verwaltung stehenden Gebiete bald von der gemeinsamen kurdischen Regierung verwaltet werden können."

Bonn, 07.04.2005